



Kulturausschuß

23. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

17. September 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.10 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitz: Leonhard Kuckart (CDU)

Stenograph: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

in Verbindung damit:

Bestimmungen mit Auswirkungen auf den Kulturbereich in Artikel I des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltjahr 1998 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltjahr 1998 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2402

^{*)} öffentlicher Teil mit TOP 1 s. APr 12/655

Kulturrelevante Haushaltspositionen in

a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Vorlage 12/1478

- Einführungsbericht von RAng. Schulten
(Staatskanzlei) 1
- Einführungsbericht von MR Feldkötter (Staatskanzlei) 3
- Aussprache 4

**b) Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie
und Verkehr**

5

Vorlagen 12/1460 und 12/1461

- Einführungsbericht durch LMR Dr. Prodoehl
(MWMTV) 5
- Aussprache 7

c) Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

9

Vorlage 12/1491

- Einführungsbericht durch Ministerin Ilse Brusic (*s. Vorlage 12/1546*) -

3 Aktuelle Viertelstunde**Gründung der Stiftung für Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur**

Frage der CDU-Fraktion 10

- Bericht durch Ministerin Ilse Brusis (MSKS) 10

- Aussprache 12

4 Verschiedenes

16

Aus der Diskussion

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

in Verbindung damit:

Bestimmungen mit Auswirkungen auf den Kulturbereich in Artikel I des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltjahr 1998 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltjahr 1998 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2402

Kulturrelevante Haushaltspositionen in

a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Vorlage 12/1478

Regierungsangestellter Schulten (Staatskanzlei) trägt vor:

Das Jahr 1997 ist für das Kulturwissenschaftliche Institut in jedem Sinne ein Jahr des Umbruchs gewesen. Im vergangenen Jahr konnten wir Ihnen von Veränderungsplänen berichten: nämlich von dem Plan, das KWI in neuen Räumen in Essen unterzubringen, und dem Plan, einen geeigneten Nachfolger für die vakante Präsidenschaft zu finden.

Ich bin sehr froh, Ihnen heute mitteilen zu können, daß aus diesen Plänen Wirklichkeit geworden ist. Erstens ist es gelungen, nach achtjährigem Provisorium das KWI in einer neuen Unterkunft unterzubringen, nämlich im ehemaligen Hauptverwaltungsgebäude der STEAG in Essen. Der Umzug ist inzwischen vollzogen. Das KWI ist nun an einem zentral gelegenen Standort untergebracht, der zwischen Folkwang- und Ruhrlanmuseum liegt und sich gut in die "Kulturmeile" einfügt, die in Essen im Entstehen begriffen ist.

Weiterhin ist es gelungen, nach vierjähriger Vakanz einen neuen Präsidenten für das KWI zu finden. Für dieses Amt hat der Ministerpräsident zum 1. April 1997 den Bielefelder Historiker Professor Dr. Jörn Rüsen berufen. Er war zuletzt Professor für

allgemeine Geschichte an der Universität Bielefeld und leitete dort auch seit 1994 als geschäftsführender Direktor das Zentrum für interdisziplinäre Forschung.

Zu den Forschungsschwerpunkten von Prof. Rösen zählen unter anderem moderne Geistesgeschichte sowie Theorie und Geschichte der Menschen und der Bürgerrechte. Prof. Rösen war, bevor er Präsident wurde, dem KWI schon eng verbunden. Er leitete dort - und leitet weiter - eine Studiengruppe mit dem Titel "Sinnkonzepte als Orientierungssysteme" - eine Studiengruppe, die interdisziplinär arbeitet und mit interkultureller Perspektive Fragen behandelt, die sich mit der individuellen und kulturellen Sinn- und Identitätsbildung beschäftigen.

Der Ministerpräsident wird am 31. Oktober dieses Jahres den neuen Präsidenten vorstellen und die neuen Räume des Instituts offiziell eröffnen.

Noch einige Worte zur Arbeit des KWI: Sie wissen, daß das Kulturwissenschaftliche Institut ein etwas anderes Institut ist als die übrigen Institute des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen. Seine Besonderheit liegt darin, daß es als Forschungskolleg angelegt ist. Das heißt, es gibt eine sehr hohe Fluktuation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durchaus beabsichtigt ist. Seine Stammbesetzung ist klein. Fest im Institut sind nur der Präsident, der wissenschaftliche Geschäftsführer und die Institutsverwaltung. Die Forschungsarbeit und der interdisziplinäre Austausch werden von sogenannten Fellows getragen, die vor allem aus Hochschulen kommen - aus Nordrhein-Westfalen, aus anderen Bundesländern, aber auch aus anderen Staaten - und die für einen begrenzten Zeitraum von maximal fünf Jahren in eine Studiengruppe eingeladen werden.

Zur Zeit gibt es am Kulturwissenschaftlichen Institut vier Studiengruppen, von denen drei besetzt sind:

- Politische Theorie der Massenkultur, geleitet von Prof. Dr. Gertrud Koch, Filmwissenschaftlerin aus Bochum
- Staatswerdung Europas, geleitet von Prof. Dr. Wilfried Loth, Geschichtswissenschaftler aus Essen
- Sinnkonzepte als Orientierungssysteme, geleitet vom neuen Präsidenten Prof. Rösen.

Für den Herbst 1998 ist die Einrichtung der vierten Studiengruppe vorgesehen, die internationale Fragen zum Thema haben wird.

Einige Bemerkungen möchte ich noch zu der zu Recht oft diskutierten Frage des Praxisbezuges von Wissenschaft machen. Er erschließt sich beim Institut für Arbeit und Technik oder beim Wuppertal-Institut leichter als beim KWI. Trotzdem ist es so: Was das KWI in der Vergangenheit getan hat und weiterhin tun wird, ist alles andere als kontemplative Arbeit im Elfenbeinturm. Dies läßt sich an den Themen der Veranstaltungen illustrieren. Im letzten Jahr hat das KWI 49 Veranstaltungen bzw. Tagungen durchgeführt, also fast jede Woche eine. Einige Beispiele für Themen:

- Grenzenloses Europa und Grenzen der Europäisierung

- Jenseits des Ruhrgebiets, Vortragsveranstaltung mit dem früheren Oberbürgermeister von Duisburg, Josef Krings, als Referenten
- Stand der Verhandlungen für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bei der Regierungskonferenz

Es sind also Themen, die sich durchaus mit dem beschäftigen, was in der Praxis vorgeht. Genauer nachzulesen ist das im Jahrbuch des KWI von 1996, das vor kurzem erschienen ist. Das Wissenschaftszentrum Düsseldorf wird Ihnen in Kürze eine Kasette zur Verfügung stellen, in der alle Jahrbücher der vier Institute des Wissenschaftszentrums enthalten sind.

Gestatten Sie mir zum Abschluß noch zwei Bemerkungen zum Haushalt 1998 des KWI.

Erstens: Im Personalhaushalt sollen zwei strukturelle Veränderungen vorgenommen werden, weil der Stellenplan, der noch aus der Gründungsphase des Instituts stammt, nicht die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt, die sich nach dem Ende der Aufbauphase ergeben hat. Darum sollen vier Stellen für C-Professoren in vier außertarifliche Angestelltenstellen analog C 4 umgewandelt werden, und darüber hinaus sollen drei BAT-I- und BAT-IIa-Stellen, wenn man so will, in Geld umgewandelt werden. Mit diesem Geld kann das KWI dann anstelle von Dauerbeschäftigungen befristet zusätzliche Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler für die Arbeit in den Studiengruppen gewinnen. Das kommt der Kollegstruktur des Instituts entgegen, mit der ja ganz bewußt auf zeitlich befristetes Engagement gesetzt wird.

Zweitens: Die wegen des Umzugs im Nachtragshaushalt 1997 bereits aufgestockten Ansätze für Miete - Titel 518 10 - und für Hausbewirtschaftung - Titel 517 10 - wurden entsprechend des Bedarfs, der 1998 für ein ganzes Jahr entsteht, erhöht.

Ministerialrat Feldkötter (Staatskanzlei) fährt fort:

Zu einem anderen Titel, der in Ihrer Auflistung enthalten ist - Kapitel 02 010 Titel 529 11: Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet - kann ich nichts Neues berichten. Alles, was Ihnen bekannt ist, soll sich nach den Vorstellungen der Landesregierung auch 1998 fortsetzen. Es sind unverändert 200 000 DM veranschlagt.

Unverändert ist auch die Zielsetzung, die darin besteht, daß die künstlerische Breite im Lande unterstützt werden soll, und zwar durch Aktivitäten im Inland und im Ausland. Bei diesen Aktivitäten soll selbstverständlich auch der Aspekt der Völkerverständigung nicht zu kurz kommen; er spielt keine unwesentliche Rolle. Ich brauche es in diesem Kreis nicht besonders auszuführen: Wie könnte man Völkerverständigung besser praktizieren als mit und durch Kultur?

Auch die Modalitäten sind unverändert. In der Regel fördern wir mit maximal 10 000 DM auf der Grundlage von Kosten- und Finanzierungsplänen.

Ich darf Ihnen drei aktuelle Beispiele aus dem Jahre 1997 vorstellen. Gefördert haben wir die Reise des Bonner Kammerchores nach Rußland und Lettland und die Reise einer Kindergruppe der Musikschule Leverkusen, die einer Einladung zu einem Festival nach Israel gefolgt ist. In beiden Fällen haben wir einen großen Teil der Flugkosten getragen. Das macht deutlich, daß viele dieser kulturellen Aktivitäten im Ausland erst möglich werden, wenn die Grundvoraussetzung, daß man fliegen kann, erfüllt ist.

Als drittes darf ich Ihnen eine Planung vorstellen: Die Jugendkunstschule in Wanne-Eickel plant für November 1997 ein Großprojekt "Das Haus, in dem wir leben", das von Kindern, Jugendlichen und Künstlern gemeinsam erarbeitet und gestaltet werden und letztlich für ein friedliches Miteinander der Kulturen und der Völker werben soll.

Jarka Pazdziora-Merk (SPD) begrüßt - als Essenerin - den Umzug des Instituts. Sie fragt, ob auch daran gedacht sei, die Arbeit des KWI mit der benachbarter Institutionen - sie denke dabei vor allem an das Ruhrlandmuseum - gelegentlich zu verzahnen oder ob das KWI sein doch etwas isoliertes Eigenleben weiterführen wolle.

Weiter interessiere sie, ob die Professorenstellen alle befristet seien, um so Innovationen zu gewährleisten.

Die Fragen der Zusammenarbeit sind nach Auskunft von **RANG Schulten (StK)** schon vor dem Umzug in die Essener "Kulturmeile" mit Prof. Rösen, der selbst die Kooperation suche, ausführlich erörtert worden. Schon in der nächsten Zeit werde es sicherlich zu einer gemeinsamen Nutzung von Räumen wie auch zu gemeinsamen Veranstaltungen kommen.

Die Stellen seien Dauerstellen; sie sollten nun in Angestelltenstellen umgewandelt werden, um die Fluktuation zu erleichtern. Abgesehen vom Leiter, vom wissenschaftlichen Geschäftsführer und von der Institutsverwaltung erhielten aber alle am KWI tätigen Kräfte nur befristete Verträge, um den Austausch von Personen mit ihren jeweiligen Ideen und Fähigkeiten zu ermöglichen und so immer wieder mit etwas Neuem beginnen zu können.

Die Frage des **Richard Blömer (CDU)**, ob es ähnliche Einrichtungen wie das KWI in anderen Bundesländern gebe, verneint **RANG Schulten (StK)**.

Dr. Hans Horn (CDU) möchte wissen, ob es zwischen der Akademie der Wissenschaften und dem KWI eine Zusammenarbeit gebe. - Es gebe sie bei einzelnen Projekten, antwortet **RANG Schulten (StK)**. Ihm sei aber nicht bekannt, ob etwa gemeinsame Veranstaltungen geplant seien.

Richard Blömer (CDU) wünscht Auskunft, ob es Überlegungen gebe, möglicherweise einen Bereich "Kulturwissenschaften" an einer Hochschule einzurichten - ähnlich wie beispielsweise

in Weimar oder Göttingen -, der dann solche Aufgaben wie die des KWI übernehmen könnte. - In bezug auf Forschung und Lehre geschehe an den Hochschulen etwas anderes als am Kulturwissenschaftlichen Institut, antwortet **Rang Schulten (StK)**. Am KWI werde versucht, interdisziplinär und zeitlich begrenzt zu arbeiten - und das frei von den Verpflichtungen, die eine Hochschullehrerstelle an einer Universität mit sich bringe. Insofern sei ein Lehrstuhl an einer Hochschule etwas anderes als das, was das KWI schon von der Gründungsidee her sein solle und was sich seiner Meinung nach, auch wenn man die Ergebnisse betrachte, als lohnend erwiesen habe.

Die Gesamtkosten des KWI, nach denen **Manfred Böcker (SPD)** sich erkundigt, beziffert **Rang Schulten (StK)** auf rund 3,7 Millionen DM.

Brigitte Schumann (GRÜNE) würde das KWI gerne als ein Institut sehen, das für das geistige Klima zuständig sei - ähnlich wie das Wuppertal-Institut aus ökologischer Sicht Klimafragen beantworte. - Dies bestätigend führt **Rang Schulten (StK)** beispielhaft an, daß das KWI im vorigen Jahr eine gut besuchte Podiumsveranstaltung zu dem Buch "Die willigen Vollstrecker Hitlers" durchgeführt und so sicherlich in dieser speziellen Frage zur Klärung und damit auch zum geistigen Klima beigetragen habe.

Dr. Hans Horn (CDU) fragt nach, ob eine stärkere Verzahnung des KWI mit der Akademie der Wissenschaften nicht doch sinnvoll sein könnte, zumal es sich um etwa parallel gelagerte Aufgabenstellungen handele. - **Rang Schulten (StK)** weist auf einen wichtigen Unterschied hin: Eine Studiengruppe am KWI arbeite maximal fünf Jahre. Die Akademie bearbeite Vorhaben, die sehr viel längerfristig projektiert seien. Dennoch schließe er nicht aus, daß, soweit es von den Themen her möglich sei und eine Parallelität existiere, die Zusammenarbeit vielleicht noch verbessert werden könne.

b) **Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr**

Vorlagen 12/1460 und 12/1461

Leitender Ministerialrat Dr. Prodoehl (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr) trägt zur Einführung vor:

Wenn man über kulturrelevante Haushaltspositionen im Etat des Wirtschaftsministers sprechen will, könnte man, wenn man das Medienkapitel nimmt, eigentlich alle Titel darunter subsumieren, wenn man einen weiten Kulturbegriff zugrunde legt. Wir hatten uns darauf verständigt, daß ich - wie in den letzten Jahren auch - vor allem über die

Filmförderaktivitäten berichte. Ich bin selbstverständlich gerne bereit, auch zu anderen Positionen im Medienkapitel Erläuterungen zu geben, wenn Sie diese haben wollen.

Was die Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur betrifft, wollen wir zunächst einmal das Filmfestival Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Die "Digitale", wie es genannt wird, hat vor allem das Ziel, eine Plattform für Filmproduzenten, Regisseure, Filmemacher zu sein, die mit neuesten Digitaltechniken produzieren. Dies ist ein Trend, der weltweit immer wichtiger wird und der für den Produktionsstandort Deutschland neue Chancen erschließt. Wir haben hier eine Plattform mit wenig Geld und mit großer Unterstützung der Kunsthochschule für Medien geschaffen, die dieses Projekt sehr enthusiastisch mit verfolgt. Es ist eine Plattform, die von der Branche akzeptiert wird.

Das zweite betrifft die Aktivitäten des Filmbüros. Es hat im Jahre 1997 einen Gesamtetat von 3,55 Millionen DM. Es ist beabsichtigt, den Etat leicht anzuheben, und zwar in dem Umfang, in dem der Gesamtetat des Landes steigt, nämlich auf 3,62 Millionen DM im Jahre 1998.

Die Kooperation zwischen Filmbüro und Filmstiftung, die hier mehrfach angesprochen ist, ist, mittlerweile mit Leben erfüllt worden. Filmbüro und Filmstiftung haben Projekte definiert, bei denen sie zusammenarbeiten. Es gibt zum Beispiel eine Festivalförderung, die Filmstiftung und Filmbüro gemeinsam machen, etwa die Förderung der Frauenfilmfestivals. Dies funktioniert, wird weitergeführt und wird nach unseren Erwartungen intensiviert.

Drittens berichte ich zur Filmstiftung Nordrhein-Westfalen. Sie hat in diesem Jahr ihre Aktivitäten ausgeweitet. Wir können durchaus Positives vermelden. Sie wissen vielleicht, daß das ZDF Gesellschafter der Filmstiftung geworden ist. Bisher waren das Land und der WDR jeweils 50-%-Gesellschafter, die Rechte und Pflichten zu gleichen Teilen trugen. Das hat sich nun in der Weise verändert, daß das ZDF mit einem Anteil von 10 % dabei ist. Das Land und der WDR halten nun 45 %. Das ZDF gibt in diesem Jahr einen Betrag von 5 Millionen DM.

Dies ist aus unserer Sicht ein guter Erfolg, wenn Sie berücksichtigen, daß sich das ZDF auch in Bayern, Berlin und Hamburg engagiert. Unser Petition war, dem ZDF deutlich zu machen, daß das Film- und Fernsehland Nordrhein-Westfalen die Nummer 1 in Deutschland ist und deshalb in Nordrhein-Westfalen ein höherer ZDF-Beitrag als in Bayern, Berlin und Hamburg erwartet wird. Diesem Petition hat das ZDF Rechnung getragen. Es finanziert mit erheblich mehr Mitteln die Filmstiftung, als es das in Berlin, Hamburg und München bei den dortigen Fördereinrichtungen tut.

Es ist absehbar, daß auch weitere Mittel von weiteren privaten Unternehmen für die Förderaktivitäten der Filmstiftung akquiriert werden können. Wir stehen kurz vor einem Abschluß. Man kann also feststellen, daß die Akzeptanz für das, was die Filmstiftung tut, in der Branche sehr gut ist und wir mit weiteren Mittelzuflüssen rechnen können.

Für den Etat 1998 bleibt es in etwa bei dem Bild des Jahres 1997. Das Land trägt in gleichem Umfang wie der WDR zur Finanzierung der Filmstiftung bei. Die leichte

Anhebung des Ansatzes von 26,1 auf 26,4 Millionen DM resultiert daraus, daß es eine leichte Anhebung bei den Rundfunkgebühren gibt. Der WDR leistet ja seinen Anteil an der Filmstiftung aus den Zuflüssen, die er aus dem sogenannten Zwei-Prozent-Anteil an den Rundfunkgebühren bekommt. Weil es eine leichte Anhebung gibt, steigen die Beiträge des WDR und des Landes, die nach den Verabredungen zwischen beiden Partnern jeweils gleich sein sollen. - Ich kann gerne noch etwas zur praktischen Arbeit der Filmstiftung sagen, wenn Sie wollen.

Weiter sehen Sie hier einen neuen Ansatz zur Förderung der film- und fernsehwirtschaftlichen Infrastruktur. Er wird benötigt, damit wir bei dem sich zuspitzenden Konkurrenzkampf auf diesem boomenden Wirtschaftsfeld die Defizite, die es in der nordrhein-westfälischen Film- und Fernsehinfrastruktur nach wie vor gibt, ein Stück weit ausgleichen können. Das Defizit hängt damit zusammen, daß zwischen 1950 und 1985 wenig Entwicklung in der nordrhein-westfälischen Film- und Fernsehinfrastruktur stattgefunden hat. Andere Standorte haben in dieser Zeit ihre Infrastrukturen kräftig aufgebaut.

Nachdem der Standort Nordrhein-Westfalen seit einigen Jahren kräftig wächst, stellen wir jetzt fest, daß dies Vorzüge und Nachteile hat. Die Vorzüge sind, daß investiert wird und daß Arbeitsplätze geschaffen werden. Als Nachteil spürt man jetzt, daß viele Unternehmen an eine kritische Grenze kommen, daß Infrastrukturen, die diese Entwicklung fundamentieren müssen, fehlen. An anderen Standorten sind sie deshalb vorhanden, weil dort die Entwicklung organisch verlief. Hier müssen wir etwas tun, wenn wir wollen, daß der Standort Nordrhein-Westfalen weiterhin in Mitteleuropa eine Spitzenstellung hat. Wir gehen davon aus, daß wir mit den Maßnahmen, die wir hier im Blick haben, viele Arbeitsplätze im Lande neu schaffen oder festigen können.

Manfred Böcker (SPD) erinnert daran, daß es bei den Diskussionen in den vergangenen Jahren gemeinsamer Wille des Kulturausschusses gewesen sei, die Filmstiftung möge sich etwas mehr dem kulturellen Film widmen. Er sei sehr froh darüber, daß das nun geschehe und daß die Filmstiftung, wie er einer Pressemeldung entnommen habe, nun auch Filmfestivals und Filmwerkstätten fördere. Dafür danke er der Filmstiftung und vor allem Dr. Prodoehl, der sicherlich großen Anteil daran habe.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) fragt erstens, ob das Festival "Filmzwerge" in Münster auch von der Filmstiftung gefördert werde, und zweitens, in welcher Größenordnung voraussichtlich 1997 mit Rückflüssen zu rechnen sei und aufgrund welcher Kriterien eigentlich eine Rückzahlungsverpflichtung entstehe.

Angesichts der vorgesehenen Ansatzerhöhung um 9,4 Millionen DM bei Titel 683 61 möchte **Richard Blömer (CDU)** exemplarisch wissen, was im einzelnen aus diesem Titel gefördert werden solle.

Brigitte Schumann (GRÜNE) bittet, in etwa aufzuschlüsseln, in welcher Größenordnung die einzelnen Filmfestivals Zuwendungen von der Filmstiftung erhielten. Außerdem hätte sie gern Klarheit darüber, ob der jetzige Umfang der Förderung des kulturellen Films auch der Satzung der Filmstiftung entspreche oder auf welcher Basis diese Förderung statfinde.

Die Basis sei ein Beschluß des Parlaments vom letzten Jahr, wirft **Reinhard Grätz (SPD)** ein.

Dieser Beschluß des Parlaments sei ein Kann-Beschluß, erläutert **LMR Dr. Prodoehl (MWMTV)**, der als Auftrag des Parlaments verstanden und entsprechend umgesetzt worden sei. Die Festivalförderung sei nach der Satzung und nach den Richtlinien der Filmstiftung möglich.

Zur Größenordnung der Förderung des Filmfestivals könne er nur sagen, daß die Feminale, die Femme totale und auch die Filmzwerge in diesem Jahr mit insgesamt etwa 300 000 DM unterstützt würden. Die Veranstalter seien gefragt worden, welchen Betrag sie benötigten, um ihre Arbeit fortführen zu können, und sie hätten dann diese Beträge genannt. Die Filmzwerge, die ja einmal storniert worden seien, brauchten also nicht zu sterben. Für 1998 seien noch keine konkreten Festlegungen getroffen worden. Filmstiftung und Filmbüro seien jedoch übereingekommen, daß die Festivalförderung fortgesetzt werde.

Auf den Einwurf von **Brigitte Schumann (GRÜNE)**, "nicht sterben" klinge nicht sehr gut, erwidert **LMR Dr. Prodoehl (MWMTV)**, Filmbüro und Filmstiftung hätten sich mit den Veranstaltern zusammengesetzt und sich auf die zusätzlichen Beträge verständigt, die erforderlich seien, um die Arbeit auf dem bisherigen Level fortführen zu können.

Unabhängig davon meine er, daß darüber nachgedacht werden müsse, wie man durch strukturelle Vorkehrungen die Zukunft der Filmfestivals sichern könne.

Der neue Titel für die Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur sei deshalb erforderlich, weil Nordrhein-Westfalen in bestimmten Bereichen erhebliche Nachteile gegenüber anderen Standorten habe, da hier erst vor acht oder neun Jahren ein Boom entfacht worden sei. Was gefördert werde, könne er noch nicht sagen, weil noch keine Förderanträge vorlägen; diese gingen nach Bewilligung durch den Landtag sicherlich im nächsten Jahr ein. Es müsse vor allem im Bereich der Film- und Fernsehtechniken etwas geschehen, denn viele Firmen seien an die Grenze ihres technischen Know-hows gestoßen. Er gehe davon aus, daß die Förderung für eine Übergangszeit notwendig sei, bis Nordrhein-Westfalen die Defizite, die aus der besonderen Entwicklungsgeschichte des Landes erwachsen seien, kompensiert habe.

Zu dem Rückzahlungstitel erläutert der Redner, die Filmstiftung vergebe auf einigen Förderfeldern Darlehen, die im Falle eines wirtschaftlichen Erfolgs des Projektes zurückgezahlt werden müßten. So sei der von der Filmstiftung geförderte Film "Knocking on Heaven's Door" mit 3,7 Millionen Zuschauern der erfolgreichste deutsche Film des letzten Jahres, und von daher flössen die Fördermittel in Höhe von 2 Millionen DM in vollem Umfang zurück.

Auf die Bemerkung des **Richard Blömer (CDU)**, bei 52 Millionen DM Förderetat pro Jahr seien Rückflüsse von 2, 3 oder 4 Millionen DM doch relativ wenig, entgegnet **LMR Dr. Prodoehl (MWM-TV)**, die Rückflüsse seien höher als anderswo. Sie seien zu den Fördermitteln des Landes in Relation zu setzen, die nach Abzug der Betriebskosten gut 23 Millionen DM ausmachten. Die Filmstiftung fördere oft auch Filme, bei denen sie nicht auf den Kassenerfolg ziele, wohl aber wisse, daß damit etwa eine vielversprechende Firma in Nordrhein-Westfalen unterstützt werde, die in neue Größenordnungen wachsen könne, oder daß ein kulturell herausragender Film entstehe.

Im übrigen sei es ein Problem der deutschen Filmproduktionen, daß sie erst bei Überschreiten einer Schwelle von 2 bis 2,5 Millionen Zuschauern in Deutschland solche Gewinne einspielten, daß auch die Fördermittel zurückgezahlt werden könnten. Diese Marge sei in den letzten Jahren nur von wenigen deutschen Filmen überschritten worden. Selbst ein Film, der mit 1 Million Zuschauern in Deutschland einen guten Erfolg habe, gelange erst dann in die Gewinnzone, wenn er auch international verwertet werden könne. Das entscheidende Dilemma des deutschen Films sei jedoch nach wie vor, daß er in Frankreich, Italien oder in England keine Chancen habe. An der Lösung dieses Problems sei noch zu arbeiten.

Ministerin Ilse Brusis kommt noch einmal auf die Filmfestivals zurück und stellt fest, daß die Fördermittel der Filmstiftung nur eine ergänzende Finanzierung darstellten. Es gebe nach wie vor einen Etatansatz im Einzelplan 15. Sie begrüße aber die zusätzliche Förderung durch die Filmstiftung außerordentlich, weil die Filmfestivals vor der Frage gestanden hätten, ob sie ihre Arbeit überhaupt noch fortführen könnten. Was die Struktur der Frauenfilmfestivals angehe, sei es im Hinblick auf das Engagement der beteiligten Städte und der engagierten Frauen sicherlich schwierig, etwas zu verändern. Das Thema müsse man aber im Hinterkopf behalten.

c) **Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport**

Vorlage 12/1491

Ministerin Ilse Brusis erstattet den inzwischen als **Vorlage 12/1546** verteilten Einführungsbericht.

Aus dem Ausschuß ergeben sich keine Wortmeldungen.